

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 11

Artikel: Mit Demokratie und Wirksamkeit gegen Resignation
Autor: Gartmann, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Paul Gartmann

Mit Demokratie und Wirksamkeit gegen Resignation

Gedanken zum Strukturreformprojekt für die SPS

Mitte Mai war von der zuständigen Kommission – der ich angehöre – ein Reformprojekt für die SPS fertiggestellt. Die Kommission beschloss, das Projekt solle in unveränderter Form zur Vernehmlassung an die Kantonalparteien gehen – in der Meinung, diese sollten ihrerseits die Sektionen konsultieren, damit ab Oktober die Strukturreformkommission auf Grund übersichtlicher Vernehmlassungsmaterialien ihr Projekt überarbeiten und unter Umständen Varianten einbauen könne.

Die Geschäftsleitung folgte nach Pfingsten dieser Absicht, und das Projekt stand somit zu Beginn Juni für den Versand an die Kantonalparteien bereit. Die Kommission war der Meinung, dass genügend Projekte zur Weitergabe an Sektionen hätten zur Verfügung stehen sollen. Unser Bestreben ist es jedenfalls, alles zu tun, damit die Delegierten für den ordentlichen Parteitag von 1978 das endgültige Projekt sehr früh zur Verfügung haben werden.

Wir sehen *zwei Gefahren*: Die Parteibehörden und der Parteitag könnten erneut unfähig sein, die Partei zu reformieren, und damit in den Augen weiter Bevölkerungsschichten das Image verlieren, für Reformen der Gesellschaft fähig zu sein. Ich hoffe, dass die Parteitagsdelegierten diese Gefahr erkennen und nicht mit der Meinung an den Parteitag gehen werden, es müsse eine endgültige Reform oder dann lieber keine beschlossen werden. Unser Projekt offeriert erste Schritte, und wir wollen eine Experimentierphase, die mit grosser Wahrscheinlichkeit die Partei weiterbringt. Wer das Projekt der Kommission – insbesondere aber den Anhang – gut studiert, wird sehen, dass in der Regel nur rund ein Drittel der Sektionen beziehungsweise der möglichen Gesamtzahl von Delegierten den Parteitag besuchen. Die *zweite Gefahr* besteht darin, dass die SPS eine Lösung für den Parteitag beibehält oder schafft, bei der sie hoffen muss, die Beteiligung bleibe so schwach, dass die SPS den Parteitag praktisch durchführen, finanziell verkraften und am Parteitag vernünftig verhandelt werden kann. Geht sie oder bleibt sie bei dieser falschen Lösung, dann verliert sie

jede Glaubwürdigkeit, wenn sie für eine grössere Stimm- und Wahlbeteiligung und eine grössere Anteilnahme des Bürgers in Gemeinde, Kanton und Bund eintritt.

Das *Projekt* der Strukturreformkommission musste notwendigerweise die *Form eines Statutenreformvorschlages* annehmen, da am Parteitag selbst eben Statuten abgeändert werden müssen. Ich will versuchen – davon losgelöst – einige *tragende Gedanken des Projektes* darzulegen, die vielleicht nicht unmittelbar aus dem Projekt hervorgehen, aber Grundlage aller Vorschläge waren.

Die *Bundespartei* hat meiner Auffassung nach *zwei Hauptaufgaben*:

1. Sie muss den *Fluss* früher oder später in den verschiedensten Bereichen (Quartier, lokal, regional, kantonale, Bund; Genossenschaften, Gewerkschaften; Bürgerinitiativen; Einzelaktionen) *realisierbarer Ideen* zwischen Sektionen, Regionalorganisationen, Kantonalparteien, Arbeitsgruppen, Arbeitsgemeinschaften *gewährleisten* und den Konsens fördern.

2. Sie muss *für die Bundespolitik* und deren Träger (Fraktion, Partei direkt durch Initiative und Referendum) *Ideen konkretisieren*, wechselseitig in Übereinstimmung und vor allem in eine Prioritätsordnung bringen, die mit den finanziellen und personellen Mitteln der Partei in Übereinstimmung stehen, so dass sie ein Höchstmass von Chancen der Verwirklichung oder Annäherung in der Wirklichkeit erhalten.

Beide Aufgaben konnte die Partei unter der *bisherigen Organisationsform* kaum verwirklichen. Es darf uns deshalb nicht wundern, wenn die eigentliche Basis kaum mehr einsatzbereit ist, potentielle Wählerschichten unserer Partei den Urnen fernbleiben und andere bloss hin und wieder als Warnzeichen an die eigentlich Mächtigen in unserem Staat mit der Stimmabgabe für unsere Partei ein Warnzeichen geben, uns also bloss als Korrektiv sehen.

Ich gestehe zu, dass an den bisherigen *Parteitagen* sehr oft die nach vorwärts drängenden Kräfte stark zur Geltung kamen. Sie konnten aber die Politik der SPS nicht verändern. Die angenommenen «progressiven» Sektionsanträge waren so zahlreich und zugleich widersprüchlich, dass sie die Kapazität – und weiss Gott nicht nur den guten Willen – der Geschäftsleitung und Fraktion überforderten. Die Strukturreformkommission hat festgestellt, dass die Geschäftsleitung nach den Parteitagen kaum je aus dem Inventar der angenommenen oder zur Prüfung entgegengenommenen Anträge ein Aktionsprogramm erarbeitete. Was aber viel schlimmer ist: Die mit ihren Anträgen durchgekommenen Sektionen kümmerten sich an den folgenden Parteitagen praktisch nie mehr um ihre Anträge. Der Verdacht liegt nahe, dass solche Anträge mehr der Selbstbestätigung als der Verwirklichung dienen. Übrigens – von wem hätte man auch Rechenschaft verlangen können? Die Geschäftsleitungsmitglieder haben keine Ressorts, sind deshalb nicht für bestimmte Anträge verantwortlich. Nur der Parteipräsident kann sich der Verantwor-

tung nicht entziehen – ihn deckt nach und nach ein diffuses Unbehagen zu und verschleisst ihn nach zwei bis drei Amtsperioden.

Nach *unserem Projekt* soll der *Parteitag* der SPS gemäss Hauptaufgabe 2 (siehe oben) sowohl die Richtung weisen wie von verantwortlichen Geschäftsleitungsmitgliedern Rechenschaft fordern können:

1. Das antragstellende Parteiorgan – der Parteivorstand (wahrscheinlich in Zukunft Delegiertenversammlung genannt) – leitet dem Parteitag Sachprogramme und insbesondere nach klaren Prioritäten geordnete Aktionsprogramme zu. Die entsprechende Vorarbeit für den antragstellenden Parteivorstand leistet die Geschäftsleitung, die den einzelnen Ressortinhabern zugeordneten Beratergruppen und die für bestimmte Fragen auf begrenzte Zeit eingesetzten Spezialkommissionen. Jeder Delegierte am Parteitag kann dazu Anträge stellen. Die Anträge, welche dazu über Regionalorganisationen oder Kantonalparteien und anderen von Sektionen dem Parteitag fristgerecht zugeleitet werden, haben wie bisher zwei Vorteile: sie sind den Delegierten schon vor dem Parteitag bekannt, und die Parteiorgane – Geschäftsleitung und antragstellender Parteivorstand – können rechtzeitig darauf reagieren.

2. An den ordentlichen Parteitagen können über Regional- und Kantonalorganisationen Anträge unter dem allgemeinen Traktandum «Anträge» gestellt werden. Da die Sektion nicht mehr direkt an den Parteitag gelangen kann, muss sie ihr Anliegen auf unterer Ebene (Kantonal- oder Regionalpartei) auf die Probe stellen, zusätzliche Kreise überzeugen und ihr Anliegen mit jenen anderer koordinieren. Dem Parteitag werden wahrscheinlich weniger solche Anträge als bisher vorliegen, oder sie werden sich leichter vereinigen lassen, haben also grössere Chancen, und der einzelne Delegierte hat grössere Übersicht bei den Verhandlungen. Was kann mit diesen Anträgen geschehen? Sollen sie rasch verwirklicht werden, dann dürfen sie nicht nur zur Prüfung, sondern verbindlich angenommen werden, oder die Parteileitung muss den Mut aufbringen, sie abzulehnen. Zweckmässigerweise hätte man sie eigentlich schon bei der Beratung des Aktionsprogrammes einbringen und behandeln sollen. Werden sie von der Parteileitung aber zur Prüfung angenommen, dann bestimmen sie zum Teil den Inhalt des nächsten Aktionsprogrammes: die Parteileitung ist dann also nicht mehr völlig frei bei dessen Ausarbeitung.

3. Die Strukturreformkommission strebt einen Parteitag ungefähr in der Grösse der bisherigen an – nur soll er repräsentativer beschickt werden. Es stimmt nicht, dass die Sektionsdelegierten abgeschafft werden sollen. Die Sektionen schlagen in den grösseren Kantonalparteien aus ihrer Basis die Delegierten einem Regionalparteitag (Kanton Zürich zum Beispiel Kantonsratswahlkreis), in kleineren Kantonen direkt dem Kantonalparteitag vor. Die Kantonalparteien beziehungsweise nachgeordneten Regionalparteien sollen die Delegiertenkontingente angemessen verteilen, und die Kontingente sollen – nur aus Sektionsvorschlägen – möglichst voll

ausgeschöpft werden. Bei der Wahl der Delegierten sollen zugleich die Sachgeschäfte und Sektionsanträge behandelt werden, das heisst, die Bundesangelegenheiten sollen näher an die Basis herangeführt werden.

Die Strukturreformkommission ging bei ihren Arbeiten aber nicht davon aus, es müsse vor allem der Parteitag im Interesse der Geschäftsleitung domestiziert werden – im Gegenteil: Wir sehen das *Haupthindernis für die Erfüllung der erwähnten zweiten Hauptaufgabe* der SPS bei der *Geschäftsleitung* selbst und deshalb unsere Vorschläge:

1. Gründliche Planung und Vorbereitung der Geschäftsleistungstätigkeit durch einen fünfköpfigen Ausschuss (Präsident, Vizepräsident für parteiinterne Angelegenheiten, Vizepräsident für mittel- bis langfristige Aktionsplanung, Fraktionsvertreter als Koordinator zwischen Parteiinstanzen und Fraktion, leitender Zentralsekretär).

2. Klare Ressortzuteilung an die neun weiteren Geschäftsleitungsmitglieder, wobei die politischen Sachressorts überwiegen, da Parteiressorts zum Teil im Sekretariat erfüllt werden (zum Beispiel Frauenfragen, Information usw.). Der Parteitag kennt bei der Wiederwahl die Ressortzuteilung und kann die wieder Kandidierenden zur Verantwortung ziehen. Der Parteivorstand kennt sie sofort nach der Konstituierung der Geschäftsleitung und kann sie bei jeder seiner Sitzungen zur Verantwortung ziehen.

3. Die permanenten *Sachkommissionen*, welche unkoordiniert neben der Geschäftsleitung arbeiten, werden aufgehoben. Dafür ordnet die Geschäftsleitung jedem Ressortinhaber wenn nötig eine *Beratergruppe* zu. Man kann auch sagen: Die Zahl der permanenten Kommissionen wird drastisch reduziert und jede direkt einem Geschäftsleitungsmitglied zugeordnet.

4. Daneben kann die Geschäftsleitung für bestimmte Probleme, welche ihr Leistungsvermögen oder jenes einer Beratergruppe übersteigt, eine *Spezialkommission* für begrenzte Zeit mit genau umschriebenem Auftrag einsetzen. Bewährt sich eine solche Kommission, so kann man ihr nach Ablauf ihres Auftrages auch neue Aufgaben übergeben. Leistung entscheidet sowohl über die Zugehörigkeit zu Beratergruppen wie über die Wiederverwendung von Leuten in Spezialkommissionen, und das Ganze bleibt übersichtlich und mit der Geschäftsleitung koordiniert.

Zwischen den Parteitag und die Geschäftsleitung gehört ein relativ häufig tagender *Parteivorstand in der Form einer Delegiertenversammlung*: Er darf nicht mehr wie bisher von Mitgliedschaften von Amtes wegen, ja sogar Parteiangestellten (kantonalen Sekretären) dominiert werden. Sein Gesicht bestimmen in Zukunft die von den Kantonalparteitagen gewählten Delegierten. Diese Delegiertenversammlung hat *zwei Hauptaufgaben* neben der der Vorbereitung der Parteitage und Parolenfassung:

1. *Permanente Kontrolle der Tätigkeit der Geschäftsleitung!* Das Ressortsystem gewährleistet, dass jedes Vorstandsmitglied weiss, an welches Geschäftsleitungsmitglied es sich in einer bestimmten Angelegenheit zu

wenden hat. Obwohl zugleich Mitglied des Vorstandes, steht die Geschäftsleitung ihm als Exekutive gegenüber. Eine Geschäftsprüfungskommission des Parteivorstandes kann die Kontrolle noch effektiver gestalten.

2. Der Parteivorstand soll aber auch zwischen den Parteitag *Ideen von der Basis* aufnehmen. Darum gewährt die Strukturreformkommission den Sektionen ein direktes Antragsrecht an den Parteivorstand, wobei es meiner Ansicht nach wünschbar ist, dass jeweils ein Vertreter der antragstellenden Sektion im Parteivorstand selbst Gehör erhält. Angenommene Anträge können durchaus sofort in Aktionen der Fraktion oder der Partei umgesetzt werden, denn im Verlaufe der Zeit verschieben sich gegenüber dem angenommenen Aktionsprogramm die Prioritäten, oder es zeigt sich Raum und es ergeben sich Mittel für vorher nicht geplante Aktionen.

Zum Schluss noch einige *Bemerkungen zur ersten Hauptaufgabe* der SPS (Stichwort: *Zirkulation von Ideen*): Diese Aufgabe hätte wahrscheinlich bisher ebenfalls von den unzähligen Fachkommissionen übernommen werden sollen. Zentrale Kommissionen mit vielen Mitgliedern und unklarer Aufgabenstellung sind dazu aber unfähig. Es ist viel besser, wenn auf lokaler, regionaler, kantonaler Ebene oder in Arbeitsgemeinschaften Facharbeitsgruppen spontan entstehen und sich häufig treffen. Die SPS muss dann die Ergebnisse dieser Gruppen sammeln und aufbereiten, andererseits den bestehenden Gruppen Themen vorschlagen und deren Mitglieder und weitere Fachleute zu Fachtagungen zusammenrufen und deren Ergebnisse der Diskussion in den Sektionen zuleiten. Hier öffnet sich eine grosse Aufgabe für das Sekretariat, die Ressortleiter und insbesondere den Vizepräsidenten, welcher für die mittel- bis langfristige Sachplanung zuständig ist.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, weite Kreise unserer Partei für die Teilnahme am Strukturreformparteitag von 1978 zu motivieren, und zwar vor allem jene, die nicht mehr daran glauben, dass unsere Partei Demokratie mit Wirksamkeit zu verbinden vermag. Ich wünsche, sie mögen erkennen, dass sich ein Experiment lohnt, aber gegen oben – «Parteiestablishment» – wie gegen die bisherigen Sektionsdelegierten «im Abonnement», die sich als «Basis» ausgeben und, ohne es zu merken, gut mit dem «Establishment» zusammenarbeiten und der Partei ihre Wirksamkeit nehmen, durchgekämpft werden muss. Gelingt der Durchbruch, dann wird unsere Partei nicht nur in Worten, sondern auch in Taten wieder radikaler, ohne aber den Boden unter den Füßen zu verlieren, da es nicht nur Ideen zu entwerfen, sondern auch in die Tat umzusetzen gilt.